



Brüssel, den 27. Oktober 2015
(OR. en)

13411/15

FIN 717
INST 371
PE-L 63

I/A-PUNKT-VERMERK

Absender: Haushaltsausschuss

Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

Nr. Komm.dok.: 13316/15 FIN 710

Betr.: Vorschlag für eine Mittelübertragung (Nr. DEC 33/2015) innerhalb des Einzelplans III – Kommission – des Gesamthaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2015

1. Die Kommission hat dem Rat am 23. Oktober 2015 einen Vorschlag für eine Mittelübertragung (Nr. DEC 33/2015) unterbreitet.

Ziel dieses Vorschlags ist die Übertragung von 10 Mio. EUR an Mitteln für Verpflichtungen von Artikel 19 04 01 (*Verbesserung der Verlässlichkeit von Wahlverfahren, insbesondere durch Wahlbeobachtungsmissionen*) auf Artikel 19 02 01 (*Reaktion auf Krisen und im Entstehen begriffene Krisen*), wie in Dokument 13316/15 FIN 710 dargelegt.

2. Die Übertragung wird vorgeschlagen, damit für Maßnahmen im Zusammenhang mit Migration und der Bekämpfung des Terrorismus in Libyen, Tunesien, den westlichen Balkanstaaten, Tschad und Nigeria weitere 10 Mio. EUR bereitgestellt werden können.
3. Der Haushaltsausschuss hat diesen Vorschlag in seiner Sitzung vom 26. Oktober 2015 geprüft.

4. Nach Prüfung des Vorschlags ist der Haushaltsausschuss mit qualifizierter Mehrheit übereingekommen, dem Ausschuss der Ständigen Vertreter vorzuschlagen, dass er dem Rat empfiehlt, er möge Folgendes billigen:
- die vorgeschlagene Mittelübertragung,
 - den als ANLAGE beigefügten Entwurf eines entsprechenden Schreibens.
-

ANLAGE

ENTWURF EINES SCHREIBENS

des Präsidenten des Rates

an den Präsidenten der Kommission

Kopie: Präsident des Europäischen Parlaments

Sehr geehrter Herr Präsident,

gemäß Artikel 27 Absatz 4 der Haushaltsordnung vom 25. Oktober 2012¹ teile ich Ihnen mit, dass der Rat die Mittelübertragung Nr. DEC 33/2015 innerhalb des Einzelplans III – Kommission – des Gesamthaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2015 gebilligt hat.

(Schlussformel)

¹ Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates.